

klaffe gefaßt. Entschieden Einspruch wurde gegen alle Pläne erhoben, die die Institution des Berufsbeamtenstandes gefährden. Der Bundesbeitrag wurde von 12 auf 11 Pfg. je Mitglied herabgesetzt. Inzwischen waren die ausgesprochenen Vertreter wieder zurückgeführt. Der Vertreter der Postbeamten erklärte, daß die Formulierung des Ausschufantrages, daß die Unterzeichnung des Gewerkschaftsauftrages vom Vorstand nicht gedeckt werde, für seinen Verband unerträglich sein würde. Er beantragte, lediglich zu beschließen, daß durch die Annahme der Ausschufschließung sämtliche zu dieser Frage vorliegenden Anträge erledigt seien. Unter großem Beifall schloß sich der Bundesstag nach weiterer Debatte fast einstimmig diesem Antrag an, um den Streit aus der Welt zu schaffen. Die Entschließung zur Frage der parteipolitischen Neutralität wurde ebenfalls fast einstimmig gebilligt. Unter starkem Beifall wurden darauf auch die Mißtrauensanträge mit gleicher Mehrheit abgelehnt.

Der Bundesvorsitzende schloß den achten Bundesstag mit der Feststellung, daß sich Einheit und innere Kraft des deutschen Beamtenstandes auf dieser Tagung als weit stärker erwiesen hätten, als man angenommen habe. Der Bundesstag habe um Ausdruck gebracht, daß der Weg des Bundes so gradlinig wie bisher fortgeführt werden solle.

Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung

Kiel, 28. Oktober. Die „Kielischen Nachrichten“ melden, daß der Untergang der „Niobe“ vor das Kriegsgericht kommen werde. Das Blatt berichtet, daß in der ersten November-Woche die Verhandlung gegen den Kommandanten des Segelschiffes, Kapitänleutnant Kuhlmann, vor dem Gericht der Aufklärungstreikräfte in Kiel stattfinden werde. Der neue Termin der Verhandlung stehe noch nicht fest, da sich der Gerichtsherr, Konteradmiral Kolbe, zurzeit mit der „Königsberg“ in See befindet. Verhandlungsführer dürfte, wie das Blatt weiter erfahren haben will, Kriegsgerichtsrat Becker sein.

Zentrum und Nationalsozialisten

Rückblick auf die Koalitionsverhandlungen
Frankfurt a. M., 28. Oktober. In einer Zentrumsversammlung in Frankfurt a. M. gab Landtagsabgeordneter Dr. Graf, der im Auftrag der preussischen Zentrumsfraktion während an den Verhandlungen mit den Nationalsozialisten beteiligt war, folgende Erklärung ab:

Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Goebbels hat in einer Berliner Versammlung behauptet, das Zentrum habe mit den Nationalsozialisten verhandelt, ohne daß von der Einhaltung der Verfassung geredet worden wäre. Ich nehme die erste Gelegenheit wahr, um vor aller Öffentlichkeit zu sagen, daß diese Behauptung nicht stimmt. Entweder ist Herr Goebbels von den

Die Kulturarbeit der Gewerkschaften

Von Max Höfner, stellv. Bundesvorsitzer im Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA.)

Zur Bezirksstagung des GDA., die am Sonntag stattfindet, werden wir um Veröffentlichung dieses Artikels gebeten.
D. Red.

Die jetzige Notzeit macht die Bedeutung der Gewerkschaften für den kulturellen Stand unseres Volkes besonders klar. Mit dem immer mehr zusammenschumpfenden Lebensraum der Arbeitnehmer ist eine immer stärkere Verknüpfung unseres kulturellen Gutes verbunden. Die das Leben befruchtende Literatur, das gute Theater und alle sonstigen Kunstleistungen finden immer weniger Resonanz in den breiten Schichten unseres Volkes. Auch die Einstellung des Einzelnen zum Leben wird von einer höheren Lebensauffassung zu einer mehr und mehr realistischen Betrachtung des Lebens hingedrängt. Es wird jetzt deutlich, welchen großen Einfluß die besser oder schlechter ausgestattete Lebensbasis auf den Kulturwillen unseres Volkes ausübt. Die Gewerkschaften können deshalb für sich in Anspruch nehmen, daß all ihrer Arbeit um die wirtschaftliche Hebung des Arbeitnehmers und um die Sicherung seines Lebensraumes, die die Gewerkschaftsarbeit durch die weitere Ausgestaltung der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts verfolgt hat und auch in Zukunft verfolgen wird, eine große kulturelle Bedeutung inneohnt. Daß der Sicherung des Lebensraumes der Arbeitnehmer auch die vielen Selbsthilfeeinrichtungen der Gewerkschaften dienen, ist selbstverständlich.

Weiter erwächst die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften aus ihrer mannigfachen Bildungsarbeit. Berufliche und allgemeine Bildungsziele werden alljährlich in tausenden von Veranstaltungen der Gewerkschaften, mit hunderttausenden von Arbeitnehmern als Teilnehmer, verfolgt. Mit dieser Bildungsarbeit leisten die Gewerkschaften ihren Beitrag zur beruflichen Erhaltung und der beruflichen Arbeitsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung einer höherwertigen Kultur.

Die Erkenntnis, daß die Grundlage jeder Kultur — wirtschaftlicher Wohlstand — von den Arbeitnehmern erarbeitet wird, zieht unsere Forderung nach Massenkultur an Stelle der Minderheitskultur nach sich. Diese Forderung ist einer der Leitgedanken für unsere Gewerkschaftsarbeit im Gewerkschaftsbund der Angestellten. Weil wir wissen, daß die von uns erstrebte höherwertige Wirtschaftsform, in der alle Arbeitnehmer als selbstbewusste Wirtschaftsträger wirken und arbeiten können, auch Forderungen an das kulturelle Niveau der Arbeitnehmer einschließt, weil gegen Schulung und Wissen auf die Dauer jede Sozialreaktion vergebens kämpft. Deshalb sehen die Gewerkschaften auch ihre große Aufgabe darin, den Arbeitnehmern das Verständnis für die Entwicklungslinien der Wirtschafts-

Die Entscheidung in der Frage Preußen-Reich

Berlin, 28. Oktober. Wie das Nachrichtenbüro des RSD meldet, ist das preussische Kabinett heute wiederum unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Braun in den Ministerräumen des Reichsministeriums zu einer Sitzung zusammengetreten. Man nimmt an, daß in den zur Zeit noch andauernden Beratungen die preussischen Vorschläge für die Verhandlungen mit der Reichsregierung auf der Grundlage des Leipziger Urteils festgelegt werden. Zugleich dürfte das Reichskabinett vor sich aus die Verhandlungsgrundlage klarstellen, sobald wenn morgen mittags 12 Uhr der Reichspräsident von Hindenburg die angeforderte Unterredung mit dem Reichsminister von Papen und dem Ministerpräsidenten Braun hat, die Vorschläge der beiden Verhandlungspartner in dem großen Konferenzsaal klarstellen werden. Nun ist angekündigt worden, daß die Reichsregierung beabsichtigt, bei dieser Gelegenheit einen wesentlichen Schritt vorwärts zu geben auf dem Gebiete der Reichsreform. Aus Kreisen der preussischen Regierung wird dem Nachrichtenbüro des RSD erklärt, daß nach dem Leipziger Urteil nichts dagegen einzuwenden wäre, wenn der Reichspräsident bezw. die Reichsregierung die Zahl der Kommissare für die Ausübung der preussischen Amtsbefugnisse etwa durch Einziehung des früheren Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium Professor Poppy als kommissarischen preussischen Finanzminister vermehren würde. Dagegen vertritt man in Kreisen der preussischen Staatsregierung die Ansicht, daß vor Durchführung des weitergehenden Planes der Ueberführung der preussischen Ministerien für Wohlfahrt, Landwirtschaft und Justiz in die entsprechenden

Reichsministerien die preussische Staatsregierung gehört werden müsse. Es würde sich nach Meinung preussischer Regierungskreise dabei um die Abtretung ausgeprochen preussischer Hoheitsrechte an das Reich handeln. Dies sei eine Befugnis, die nach dem Leipziger Urteil lediglich der Staatsregierung Braun zustehe.

Berlin, 28. Oktober. Das Reichskabinett ist heute mittags um 11 Uhr zu der angekündigten bedeutungsvollen Sitzung zusammengetreten, in der die Frage der preussischen Verwaltungsreform behandelt werden soll. Es gilt als sicher, daß die Beauftragung des Staatssekretärs Poppy mit der kommissarischen Leitung des preussischen Finanzministeriums bereits heute bekanntgegeben wird und daß auch die Ernennung von Dr. Poppy und Dr. Braack zu Reichsministern ohne Fortsetzung durch den Reichspräsidenten noch heute nachmittags erfolgt. Alle Gerüchte, die über diese Maßnahmen hinausgehen, verzeichnen nur Möglichkeiten. Dazu gehört auch die von einem Berliner Mittagsblatt gemeldete Ernennung des kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Kassel Dr. von Hülsen zum kommissarischen Leiter des preussischen Kultusministeriums und ebenfalls Reichsministers ohne Portfeuille. Sie war jedenfalls nicht für heute beabsichtigt. In unterrichteten Kreisen betont man, daß sich zu Beginn der Kabinettsitzung ganz natürlich noch keineswegs sagen läßt, wie die Lösungen im einzelnen aussehen werden. Es bleibt nur übrig, abzuwarten, bis heute nachmittags die offizielle Bekanntgabe der Beschlüsse des Reichskabinetts erfolgt.

Unterhändlern seiner Partei nicht richtig informiert worden, oder man hat den Gang der Verhandlung schon wieder vergessen. — Am ersten Tage der Verhandlungen habe ich Herrn Kerkel, dem Beauftragten des obersten Führers Hitler, die Frage gestellt: „Werden Sie, wenn Sie in irgendeiner Form an der Regierung beteiligt sein werden, nach den Bestimmungen der Verfassung regieren?“ Herr Kerkel antwortete: „Selbstverständlich. Solange es nicht möglich ist, die Verfassung legal zu ändern, werden wir mit der Verfassung regieren.“ — Wir hätten uns auf das Wort nicht verlassen. Wir hätten die Regierung so gebildet, daß auch nach der Verfassung regiert werden würde, denn wir hätten die Nachpositionen entsprechend verteilt. Wir hätten keine parlamentarischen Gerlehen, sondern Garantien verlangt. Auch in Zukunft gibt es ohne diese Sicherheiten keine Zusammenarbeit.

Der Untergang der „Niobe“ vor dem Kriegsgericht?

Berlin, 28. Oktober. Die Beitragseinnahmen der Invalidenversicherung sind nach den vorläufigen Feststellungen von etwa 51,3 Millionen RM auf 52,2 Mill. RM im August und auf 55,1 Mill. RM im September gestiegen. Die Septembererinnahme liegt damit rund 3 Mill. RM über dem bisherigen monatlichen Jahresdurchschnitt.

Die Beitragseinnahmen der Angestelltenversicherung stiegen von 22,1 Mill. RM im Juli auf 22,7

Mill. RM im August und auf 23,3 Mill. RM im September.

Die Beitragseinnahmen in der Arbeitslosenversicherung betragen im Juli 84,8 Mill. RM, im August 86 Mill. RM, und im September 84,9 Mill. RM.

Die Ulgabe zur Arbeitslosenhilfe erbrachte im Juli 4,1 Mill. RM, im August 32,1 Mill. RM, und im September 40,4 Mill. RM.

Schnellzug Nanking—Schanghai verunglückt

90 Opfer

Schanghai, 28. Okt. Der Schnellzug Nanking—Schanghai ist heute bei Southon entgleist. Der Lokomotivführer hatte die Haltsignale, die Rottenbauarbeiten anzeigten, übersehen. Die Zahl der Toten und Verletzten wird auf etwa 90 geschätzt.

Gewaltiges Kohlenlager im Fernen Osten entdeckt

30 Millionen Tonnen

Moskau, 28. Oktober. Einer amtlichen Meldung zufolge ist es russischen Ingenieuren gelungen, in Ostibirien, im Gebiet des Flusses Buria, riesige Kohlenlager zu entdecken. Der Reichtum der neuen Kohlenvorkommen wird auf 30 Millionen Tonnen geschätzt. Die Ausbeutung soll alsbald in Angriff genommen werden. Man hofft, daß die neuen Kohlen im Fernen Osten die Grundlage für eine neue mächtige Industrie geben wird.

100 Soldaten im Chaco verdurftet

Ujuncion, 28. Oktober. Nach einer Mitteilung des Kriegeministeriums haben sich drei bolivianische Soldaten einem paraguayischen Vorposten gestellt und erklärt, daß sich vier Offiziere und 170 Mann ihres Regiments im Urwald verirrt hätten. Daraufhin ist eine Rettungskolonie abgeschickt worden, die im Chaco die Leichen von 100 bolivianischen Soldaten aufgefunden hat. Allem Anschein nach sind die verstreuten Bolivianer verdurftet.

Klarheit über Konnersreuth?

Theresa Neumann wird untersucht

Kürnberg, 28. Oktober. Wie oberpfälzische Blätter melden, liegt aus München bei den städtischen Stellen eine Nachricht vor, wonach Theresia Neumann in Konnersreuth die klinische Untersuchung, von der in den letzten Tagen in Zusammenhang mit der Freisinger Bischofskonferenz die Rede war, hinnehmen will. Es ist möglich, daß die Untersuchung an der Universität Würzburg stattfindet.

Winter auf dem Broden

Halberstadt, 28. Oktober. Auf dem Broden hat am Donnerstag abend Schneefall eingesetzt, der die ganze Nacht anhielt. Die Schneedecke beträgt 5—6 Zentimeter.

300 Todesopfer eines Taifuns

Paris, 28. Oktober. Wie die Agentur Indopacifique aus Saigon meldet, hat der Taifun, der am 15. Oktober über den annamitischen Küstengebiet niedergegangen ist, 300 Todesopfer gefordert. Der Sachschaden ist ungeheuer.

Schulstreik in Beuthen a. d. Oder

Glogau, 28. Okt. In Beuthen a. d. Oder ist ein Schulstreik ausgebrochen. Infolge der Ankündigung der Stadt an den Kreis Glogau mußten die Unterrichtsbehörden für die Erwerbslosen dem Glogauer Kreis angepaßt werden. Das bedeutete eine Herabsetzung der Unterstützungssätze. Daraufhin haben linksradikale Kreise den Schulstreik erklärt, und 50 Kinder sind nicht in der Schule erschienen. Es wurden sogar Streikposten gestellt. Ferner ist geplant, einen Mieterstreik zu erklären. Die Polizei wartet in einer Befehlsanordnung vor der weiteren Durchführung des Schulstreiks und kündigt gegebenenfalls Bestrafung der Eltern an.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: O. R. Treichel für den Anzeigenteil: Carl Schied. — Druck und Verlag Auer-Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Aue

Diensthafende Kertze. Am Sonntag: Dr. Gaudlin. Am Montag: Dr. Hering. Diensthafende Apotheke am Sonntag und Montag: Lutzke Apotheke.